

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION

D- 78266 BÜSINGEN

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

in Schleswig-Holstein, genauer gesagt in Dithmarschen, wird sich ein kleiner SPD-Ortsverein zum Jahresende auflösen. Das beschlossen die 19 Mitglieder des SPD-Ortsvereins Eddelak. Sie werden dabei nicht „fahnenflüchtig“ und schmeißen ihren anderen Genossen nicht einfach „die Brocken vor die Füße“, wie es vor nunmehr bald acht Jahren ein ehemals „führender“ Genosse aus dem Saarland praktizierte. Nein, der Ortsverein soll auf einer für Ende November anberaumten Hauptversammlung ordentlich aufgelöst werden – mit Entlastung der Vorstandsmitglieder und geprüfem Kassenbuch. Gleichzeitig werden die 19 Mitglieder ihre SPD-Parteibücher nach Kiel zurück geben. An diesem Entschluß dürfte nicht mehr zu rütteln sein. Das vom SPD-Landesvorsitzenden Claus Möller angebotene „Friedensgespräch“ wurde jedenfalls ausgeschlagen.

Nun ist selbst der geschlossene Austritt von 19 SPD-Mitgliedern alleine kaum der Betonung wert, wenn man den ohnehin anhaltenden Aderlaß der SPD (und auch anderer Parteien) bedenkt. Doch „Eddelak“ hat eine nicht zu unterschätzende Symbolwirkung. Die dortigen Genossen verlassen die Partei, weil sie den heutigen Politikern keinen ausreichenden Kontakt zur Basis vorwerfen. Letzter Auslöser war die von der Großen Koalition in Kiel angestrebte Kreisgebietsreform, die im Land zwischen den Meeren bei den meisten Menschen auf Widerstand stößt. Im Sommer reiste „Eddelaks SPD“ nach Kiel, um dagegen zu protestieren – und die Genossen fühlten sich von Innenminister Ralf Stegner (SPD) „wie dumme Jungs behandelt“.

Die Eddelaker Genossen machten damit eine Erfahrung, die vor ihnen schon Millionen andere Bürger machen mußten. Auch wenn man nicht den Fehler machen sollte, in eine generelle „Politiker- und Politik-Schelte“ zu verfallen, muß man dennoch diesen sich zuspitzenden Mißstand klar und deutlich benennen!

Immer mehr Politiker fühlen sich offenbar nur noch denjenigen verpflichtet, die sie direkt gewählt haben. Wie ist es sonst zu erklären, daß offenkundig intelligente Menschen zunehmend Beschlüsse fassen, die nur noch der Mehrzahl ihrer Wähler „nutzen“ – und das oft zu Lasten derjenigen, die über keine entsprechende „Wählermacht“ verfügen. Noch fällt dieses Verhalten leicht, ist es doch regelmäßig nicht das eigene Geld, mit dem herum geworfen wird und eine persönliche Haftung für offenkundige „Verschwendung“ gibt es ja auch noch nicht!

Derweil schreitet die Abstimmung mit den Füßen voran. Es wird immer schwieriger, die Menschen überhaupt noch zum Wählen zu bewegen, wie die teilweise erschreckend geringen Wahlbeteiligungen zeigen. Und jedes Jahr verlassen rund 150 000, meistens hoch motivierte Menschen unser Land, um im Ausland ihr Glück zu versuchen.

Eddelak ist überall, nur scheint man dies in Berlin und andernorts noch nicht realisiert zu haben!

2 **Ein Prinz mit „einnehmendem Wesen“**

„Bei vielen internationalen Rüstungsgeschäften fließen im Vorfeld erhebliche Schmiergelder“: Kaum eine Behauptung wird von den Betroffenen so anhaltend dementiert und von neutralen Kennern der Szene so übereinstimmend als richtig gewertet. Der „Ordnungsliebe“ eines britischen Regierungsangestellten ist es jetzt zu verdanken, daß der laufende Verdacht in zumindest einem Fall wieder einmal zur Gewißheit wurde.

Ein im Jahr 1985 versehentlich im „Nationalarchiv“ abgelegtes Faxschreiben belegt jedenfalls, daß beim Verkauf von 72 Tornado-Kampfflugzeugen und 32 Hawk-Maschinen an Saudi-Arabien 600 Millionen Britische Pfund als Bestechungsgeld gezahlt wurden. Empfänger war der saudische Verteidigungsminister Prinz Sultan, der schon seit langem als korrupt gilt.

Das ordentlich abgelegte Faxschreiben enthält auch weitere, nicht gerade schmeichelhafte Details über die britische Einschätzung des Prinzen: Er wird als nicht sonderlich intelligent, aber hart im Verhandeln beschrieben. Letzteres wundert nicht – immerhin gelang es ihm, ein rundes Drittel des offiziellen Kaufpreises selbst einzustreichen!

Schon bald nach Bekanntwerden des Rüstungsauftrages kursierten in Großbritannien zahlreiche Bestechungsgerüchte, die aber von der damals amtierenden Premierministerin Margaret Thatcher stets vehement zurückgewiesen wurden. Das damalige „Engagement“ der Premierministerin hing gewiß auch mit der Rolle ihres Sohnes Mark zusammen, dem ebenfalls vorgeworfen wurde, für die Vermittlung dieses Rüstungsgeschäftes „unter dem Tisch“ kassiert zu haben.

Londoner Beobachter sehen der weiteren Entwicklung und möglichen neuen Enthüllungen mit Interesse entgegen. Immerhin kaufte Saudi-Arabien im Jahr 1993 fast 50 weitere Tornado-Flugzeuge und im vergangenen Jahr wurde ein weiterer Kontrakt über 72 Maschinen geschlossen.

Die Annahme von Schmiergeldern ist im übrigen auch nach saudischem Recht nicht statthaft. Es bleibt abzuwarten, ob sich Prinz Sultan wird rechtfertigen müssen . . .

12 Der „Crash“ wird kommen – in Deutschland

Aktuell zeichnen sich für die deutschen Staatskassen wie schon seit einiger Zeit nicht mehr sprudelnde Einnahmen ab. Doch statt zu warten, ob aus den sich abzeichnenden Hoffnungen auch reale Einnahmen werden, scheinen manche Politiker das Fell des Bären schon wieder verteilen zu wollen. An Sparen, an eine Absenkung der Neuverschuldung, wird dabei weniger gedacht. Noch immer gehen die meisten Politiker offenbar davon aus, daß sie auch in Zukunft aufgrund ihrer Geldausgaben – und nicht eventueller Sparerfolge – gewählt werden. Wie lange die Entwicklung noch anhält, kann niemand sagen. Doch eines ist sicher: Der Weg in den „Schuldenstaat“, der letztlich nur mit einem Bankrott, einer Krise, einem „Crash“ enden kann, bleibt eingeschlagen! Ein Staatshaushalt kann dann nur noch zu Lasten der Geldgeber und vor allem der Sparer saniert werden, wie es im 20. Jahrhundert gerade in Deutschland schon mehrfach geschah!

Für Menschen, die ihre Zukunftsvorsorge in den eigenen Händen halten müssen (oder es vorhaben), kann dies nur zur Konsequenz haben, einen Teil des verfügbaren Vermögens außerhalb der Europäischen Union anzulegen. Dabei fällt geradezu zwangsläufig der Blick auf die Schweiz, die – entgegen der „Meinungsmache“ in manchen Postillen – noch immer über ein „Bankgeheimnis“ verfügt, das diese Bezeichnung verdient. Und im Augenblick spricht nichts dagegen, daß es auf absehbare Zeit auch dabei bleiben wird!

Neugierig gewordenen Leserinnen und Lesern benennen wir gerne die Adresse einer grenznah gelegenen schweizerischen Bank mit voller Staatshaftung, zu der unser Haus schon seit Jahrzehnten eine von gegenseitigem Vertrauen und Respekt getragene, freundschaftliche Geschäftsbeziehung pflegt. Bitte, senden Sie bei Interesse einen an Sie adressierten und mit 0,55 € frankierten Rückumschlag an: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, D-78266 Bisingen.

13 Wildunfall ohne „Wildberührung“

Wenn ein Motorradfahrer bei dem Versuch, einem oder mehreren Tieren auszuweichen, stürzt, muß die Teilkaskoversicherung auch wegen dieses Wildunfalles zahlen. Das gilt nach einem Urteil des Oberlandesgerichtes Koblenz (Az. 10 U 1415/05) zumindest dann, wenn ein Zeuge bestätigen kann, daß Rehe über die Fahrbahn gelaufen waren und der Motorradfahrer infolge eines Ausweichmanövers „ins Abseits“ kam.

14 „Befangene“ Sachverständige

Haben Sachverständige während eines Gerichtsverfahrens von einer Partei Unterlagen erhalten, ohne daß die Gegenpartei und das Gericht davon erfuhren, können sie nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes Saarbrücken (Az. 5 W 86/06-32) als „befangene“ abgelehnt werden.

15 „Berufsgenossenschaft-Überprüfung“ ohne Risiko

In den vergangenen Wochen wurden viele Unternehmen von den für sie zuständigen Berufsgenossenschaften aufgefordert, die genaue Zahl der Arbeitnehmer und deren Tätigkeitsfelder anzugeben. Diese Daten bilden die wesentliche Grundlage für die Einstufung in die unterschiedlichen Gefahrenklassen. Grundgedanke ist, daß eine Büroangestellte, die ihren Arbeitsplatz am Schreibtisch praktisch nicht verläßt, einem geringeren Unfallrisiko unterliegt als eine andere Büroangestellte, die gleichzeitig die verschiedensten Botengänge erledigt. Es liegt deshalb der Verdacht nahe, daß auch die kürzlichen Erhebungen bei vielen Unternehmen zu einer Einstufung in höhere Gefahrenklassen und damit zu weiter steigenden Berufsgenossenschaftsbeiträgen führen wird!

Das ist Grund genug, Sie wieder einmal auf ein unseres Wissens einmaliges Beratungsunternehmen hinzuweisen, dessen Fachleute sich ausschließlich mit dem Thema „Berufsgenossenschaften“, mit der Überprüfung von Berufsgenossenschaftsbeitragsbescheiden befassen. Die Kundenliste dieser bewußt ohne jede Werbung arbeitenden Berater weist teilweise klangvolle Namen auf, über die aus verständlichen Gründen natürlich strikt geschwiegen wird. Doch auch für „kleinere“ mittelständische Unternehmen (bis hinab zu etwa 50 Arbeitnehmern) kann sich eine Beratung lohnen!

Nach der ersten Kontaktaufnahme wird regelmäßig ein kurzer und für den Kunden völlig kostenloser „Vorab-Check“ vorgenommen. Dabei wird festgestellt, ob sich ein weiteres „Einsteigen“ in die Materie für den Kunden überhaupt lohnen kann. Erst wenn diese Frage bejaht werden kann, wird ein Beratungsvertrag geschlossen. Danach ist unabhängig vom Beratungserfolg ein geringes Fixum von nur wenigen hundert Euro zu zahlen. Zu weiteren Honorarforderungen kommt es dann erst im „Erfolgsfall“, wenn also die Berufsgenossenschaftsbeiträge im Zuge der Beratung gesenkt werden können. Selbstverständlich sind auch diese im Rahmen des Beratungsvertrages vorab vereinbarten, eventuellen Zahlungen ausschließlich von den erreichten Einsparungen abhängig.

Wir sind gerne bereit, zwischen interessierten Leserinnen und Lesern und dem Beratungsunternehmen einen Kontakt herzustellen. Bitte, wenden Sie sich dazu formlos an die Redaktion in Bisingen. Sie können den Berufsgenossenschaftsfachleuten ihre Arbeit erleichtern, wenn Sie dabei in aller Kürze die Branche des betreffenden Unternehmens und die ungefähre Mitarbeiterzahl angeben. Strikte Vertraulichkeit wird zugesichert! Eine Vorab-Information ist außerdem über das Internet (www.bege-consulting.de) möglich; bitte beziehen Sie sich bei einer eventuellen Kontaktaufnahme auf die „Vertraulichen“.

16 Für Sie aufgelesen:

„Computer sind die aufregendste technische Errungenschaft zur wirksamen Verzögerung der Büroarbeit.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen (BLZ 69251445) Konto-Nr. 8104440. Verantwortlicher Redakteur: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann, D-78266 Bisingen.

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27322 Eyrstrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.